

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Donnerstag, **05.03.2026**, 17:03 Uhr - 19:43 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Leon Herbstmann, Anna Hünker, Ulrike Kötter

von der CDU-Fraktion:

Meik Bruns, Carmen Greefrath, Ulrich Messing

von der SPD-Fraktion:

Dr. Tanja Andor

von der Fraktion Die Linke:

Stefan Proske-Schuppelius

von der Fraktion Volt:

Dr. Martin Grewer (bis 17.50 Uhr/ TOP 6.),
Matthias Deppermann (ab 17.50 Uhr/ TOP 6., Stellvertretung von Herrn Dr. Grewer)

von den Trägern der freien Jugendhilfe:

Huda Fouaani (Stellvertretung von Herrn Waske), Julia Gakstatter, Christina Kleinfenn,
Thomas Lammers, Hanna Schwebke (Stellvertretung von Frau Winkeljann), Jonas Zielinski

beratende Mitglieder:

Thomas Paal, Sabine Trockel, Beata Arabasz, Benedikt Brahm (Stellvertretung von Herrn Schmittka), Felix Braun (bis 19.35 Uhr/ TOP 9.), Andreas Czarske, Sebastian Geeraedts, Tobit Gerritsen (ab 17.20 Uhr/ TOP 2.), Ilja Golub (bis 17.51 Uhr/ TOP 6.), Monika Hemesath, Michael Kaiser (ab 19.35 Uhr/ TOP 9., Stellvertretung von Herrn Braun), Sebastian Koppers, Christiane Langenbach, Lisa Leifheit, Jenny Lohmann (Stellvertretung von Herrn Jäger), Dr. Michael Overbeck (Stellvertretung von Frau Mecklenborg), Marcus Paul, Dr. Petra Pheiler-Cox (Stellvertretung von Frau Thünte-Winkelmann), Maria Pinke (ab 17.20 Uhr/ TOP 2.), Sebastian Reimann, Martin Reuschel (Stellvertretung von Herrn Harnisch), Cedric von Staden (bis 19.40 Uhr/ TOP 9.), Johannes Wilde

von der Verwaltung:

Silja Berthold-Kopietz, Dr. Christina Cappenberg, Jochen Detering, Sandra Dömer, Oliver Heintze, Benedikt Lütke Glanemann, Bernhard Paschert, Rebecca Perkuhn, Rolf Ricker

für die Schriftführung:

Heike Dierks

Es fehlten entschuldigt:

Andreas Harnisch, Marcel Jäger, Swetjana Mecklenborg, Marc Schmittka, Julia Thünte-Winkelmann, Pfarrer Sven Waske, Jana Winkeljann

Tagesordnung

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 2. Berichte und Mitteilungen |
| | 3. Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 4. Anliegen des Jugendrats |
| <u>V/0055/2026</u>
V | 5. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 des Jobcenters der Stadt Münster |
| <u>V/0655/2025</u>
IV | 6. Strategien zur zukünftigen Planung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Münster – Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Betreuungssystem |
| <u>V/0684/2025</u>
IV | 7. Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Bildungs- und Betreuungsangebot der Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Stadt Münster als Trägerin |
| <u>V/0066/2026</u>
IV | 8. Sunset-Klausel umsetzen - Planungssicherheit für den Träger schaffen |
| | 9. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026/2027
- Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2030 - |
| | 10. Verschiedenes |

Herr Herbstmann eröffnete um 17.03 Uhr die 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter/-innen der Verwaltung und die anwesenden Zuhörer/-innen und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er bat die Mitglieder und deren Stellvertretungen, die in der aktuellen Wahlperiode noch nicht an einer Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien teilgenommen hatten und die nicht dem Rat angehören, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Herr Herbstmann verlas folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Münster erfüllen werde.“

Die Verpflichtung erfolgte durch Nachsprechen der Formel „ich verpflichte mich“.

Verpflichtet wurden Frau Arabasz, Herr Brahm, Herr Deppermann, Frau Fouaani, Frau Gakstatter, Herr Golub, Frau Hemesath, Herr Kaiser, Herr Koppers, Frau Lohmann, Herr Dr. Overbeck, Herr Paul, Frau Dr. Pheiler-Cox, Herr Reuschel, Frau Schwebke und Herr von Staden.

Zu keinem Tagesordnungspunkt war die Anwesenheit von Vertreter/-innen weiterer Fachämter der Stadtverwaltung erbeten worden.

Änderungswünschen zur Tagesordnung gab es nicht.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Frau Andor stellte folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt, der allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorlag:

„Prüfauftrag zur V/0684/2025

„Der AKJF möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alternativ zum Szenario der Schließung der Kita Killingstraße, zu prüfen, am Standort bzw. in der Kita Killingstraße ab dem 01.08.2026 für ein weiteres Kitajahr (bis zum 01.08.2027) eine Gruppe geöffnet zu lassen. Dadurch sollen der Übergang in die Kita Brünigheide für die Kinder und Familien im Einzugsbereich niederschwellig und die Übertragung des Familienzentrums fließend und ohne Angebotsverluste gestaltet werden.
2. Bei der Prüfung sollen insbesondere die zeitlichen, strukturellen, personellen, pädagogischen, sozialen und finanziellen Möglichkeiten und Erfordernisse eines solchen Szenarios betrachtet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien die Ergebnisse dieser Prüfung zeitnah vorzulegen, sodass eine Sondersitzung des Fachausschusses zur abschließenden Entscheidung in der Frage der Schließung der Kita Killingstraße vor der Sitzung des Rates am 25.03.2026 ermöglicht werden kann.“

Sie verdeutlichte, dass damit verbunden beantragt werde, die Vorlage V/0684/2025 in der heutigen Sitzung nicht zu beraten, sondern erst in der Sondersitzung darüber zu beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung (CDU) angenommen.

Als Termin für die Sondersitzung wurde einvernehmlich der 17.03.2026 festgelegt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Berichte und Mitteilungen**

Frau Trockel berichtete:

- Die Aufgaben der Schulsozialarbeit würden momentan sowohl im Amt für Schule und Weiterbildung als auch im Amt für Kinder, Jugendliche, und Familien wahrgenommen. Seit 2021 seien Angebote der Schulsozialarbeit mit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz eine gesetzlich geregelte Leistung (§ 13a SGB VIII) der Kinder- und Jugendhilfe. Alle im Feld tätigen freien Träger seien Jugendhilfeträger und in entsprechend bewährte Kooperationsstrukturen mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien eingebunden.
Um den Jugendhilfebezug der Schulsozialarbeit zu unterstreichen, solle die Schulsozialarbeit künftig im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gebündelt werden. Die eindeutige organisatorische Zuordnung zum Träger der öffentlichen Jugendhilfe trage dem gesetzlichen Auftrag Rechnung und stärke die fachliche Klarheit.

Die Bündelung in einem Amt verspreche mehrere positive Effekte und habe folgende Ziele:

• **Klare Zuständigkeiten und transparente Steuerungsstrukturen**

Die Zusammenführung ermögliche eindeutige Verantwortlichkeiten und verkürzt Abstimmungswege.

• **Stärkung der fachlichen Qualität**

Die Einbindung in die Strukturen der Jugendhilfe fördere eine einheitliche Fachaufsicht, gemeinsame Qualitätsstandards sowie eine systematische Weiterentwicklung der Angebote. So könne die inhaltliche Entwicklung weiter vorangetrieben werden.

• **Verbesserte Kooperation und Vernetzung**

Die engere Anbindung an weitere Leistungen der Jugendhilfe erleichtere die Zusammenarbeit von Schule und freien Trägern im Sinne eines ganzheitlichen Unterstützungsansatzes für Kinder, Jugendliche und Familien.

• **Effizientere Ressourcensteuerung**

Durch die organisatorische Bündelung könnten Prozesse optimiert und Synergien besser genutzt werden. Es gebe eine zentrale Ansprechstelle, mit der alle Anliegen zur Schulsozialarbeit geklärt werden könnten. Dies fördere auch den einheitlichen Auftritt als städtische Schulsozialarbeit nach außen.

Die Umsetzung der Umstrukturierung solle bis Ende 2026 abgeschlossen sein.

- Wunschgemäß berichte die Verwaltung wiederum über die Einschränkungen bei der Betreuung für Kinder in öffentlich-geförderten Kindertageseinrichtungen in Münster.

Die Kindertageseinrichtungen in Münster seien durch Personalmangel teilweise nur eingeschränkt geöffnet bzw. geschlossen gewesen (Berichtszeitraum: August 2025 bis Februar 2026):

- Bis zum 19.02.2026 hätten **756 Meldungen** zu Unterschreitungen des Mindestpersonals in **140 Kitas** vorgelegen.

Innerhalb einer Meldung könnten mehrere Gründe gleichzeitig zu Einschränkungen in der jeweiligen Kita führen. Darüber hinaus komme es vor, dass für ein Ereignis gegebenenfalls mehr als nur eine Meldung vorgelegt werde. Das sei z. B. dann der Fall, wenn sich die Art der getroffenen Maßnahme ändere oder wenn die erwartete Dauer des Ereignisses sich verändere. Zur Berechnung der Höhe einer eventuellen Elternbeitragserstattung würden die Meldedaten nach Ablauf des jeweiligen Kitajahres geprüft und Doppelungen entfernt.

- Gründe für die personelle Unterbesetzung seien:

	Anzahl
➤ Krankheit (langfristig)	240
➤ Krankheit (kurzfristig)	700
➤ Vakante Stelle(n)	96
➤ Beschäftigungsverbot/Mutterschutz	99
➤ Elternzeit	12
➤ Sonstiger Grund: (z. B. Urlaub MA, Kur, Fortbildung)	216

▪ Betroffene Maßnahmen (Einschränkungen):

➤ Reduzierung der Betreuungszeiten	425
➤ Reduzierung der Platzzahl	363
➤ Schließung einzelner Gruppe(n)	112
➤ Schließung der gesamten Einrichtung	21
➤ Andere Maßnahmen:	132

(Zusammenlegung Gruppen,
befristete Stundenaufstockungen,
Notgruppe, etc.)

Im Kitajahr 2024/2025 hätten insgesamt 1.282 Meldungen zu Unterschreitungen des Mindestpersonals in 153 Kitas vorgelegen. Für das Kitajahr 24/25 sei ein Erstattungsbeitrag von rd. 807.000 € an Eltern ausgezahlt worden.

- Die Verwaltung (Amt für Schule und Weiterbildung, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Jobcenter) und die Agentur für Arbeit Ahlen-Münster würden beabsichtigen, die Jugendberufsagentur Münster (JBA) schrittweise ab dem Jahr 2026 umzusetzen. Junge Menschen würden bei der Berufsorientierung und beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Erwerbsarbeit durch die Verantwortungsgemeinschaft der drei Rechtskreise SGB II, III und VIII beraten, begleitet und passgenau unterstützt. Leitend sei das Motto „Kein junger Mensch geht verloren.“

Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit werde in Münster seit 15 Jahren angestrebt. Nachdem bereits seit 2014 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster und dem kommunalen Jobcenter der Stadt Münster existiere, sei 2019 die Einrichtung der Jugendberufsagentur Münster vom Rat der Stadt Münster beschlossen (V/0981/2019; V/0679/2021) worden und als Schlüsselprojekt der Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 benannt. Die bestehende Zusammenarbeit in Form der Jugendservicestelle habe als Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung fungieren sollen, umgesetzt worden sei sie indes aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht wie geplant. Insbesondere sei zum damaligen Zeitpunkt die Anmietung einer zentral gelegenen Immobilie zu Beratungszwecken geplant gewesen. Das angepasste Konzept setze das nicht mehr voraus. Ungeachtet dessen hätten die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Münster seither rechtskreisübergreifende Beratungsangebote durchgeführt und intensiviert.

Gleichzeitig hätten Mitarbeitende der beteiligten Ämter der Verwaltung und der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster an den bestehenden JBA-Konzepten weitergearbeitet und die aktive Umsetzung der Jugendberufsagentur Münster forciert. Grundlegend sei die Überzeugung, dass in Münster trotz guter Ausbildungsmarktlage und vielfältiger Unterstützungsangebote junge Menschen von den aktuellen Strukturen nicht ausreichend erreicht würden. Eine relevante Gruppe verliere den Anschluss; darunter auch Jugendliche mit Abitur. Die JBA solle diese bestehenden Lücken schließen.

Die Umsetzung erfolge schrittweise und „bottom-up“; koordiniert durch Fachkräfte aus den drei städtischen Ämtern und der Agentur für Arbeit. Explizit fließe die Fachexpertise von Beratenden, Lehrkräften und Auszubildenden in die Entwicklung ein. Mit diesem Vorgehen beschreibe die Verwaltung neue Wege der Konzeption und Umsetzung eines innovativen Vorhabens. Eine Absichtserklärung aller beteiligten Institutionen solle zeitnah unterzeichnet werden.

Die Basis der Verantwortungsgemeinschaft werde ab 2028 das Stadthaus 4 sein, in dem auch die Agentur für Arbeit mit Mitarbeitenden vertreten sein werde. Die Beratung der Jugendlichen solle vorrangig an anderen Orten (Bspw. Schulen, Jugendzentren) oder digital stattfinden. Das bedeute, dass die Jugendberufsagentur Münster ab sofort starten könne. Zudem werde bereits aktiv an modularen Unterstützungsangeboten für Jugendliche gearbeitet. Erste digitale Informationsveranstaltungen zu Fachthemen seien in Vorbereitung.

- Die Zahl der Kita-Anmeldungen in Münster sei im Vergleich zum Vorjahr um 929 Kinder gesunken. Für das Kita-Jahr 2026/27 seien 2.890 Kinder über den Kita-Navigator angemeldet worden (davon 2.151 U3 und 739 Ü3). Insgesamt stünden 3.144 Betreuungsplätze zur Verfügung (1.903 U3 und 1.241 Ü3). Rechnerisch gebe es damit stadtweit mehr Plätze als Anmeldungen.

Deutliche Unterschiede würden sich jedoch zwischen den Stadtbezirken zeigen:

Während im Bezirk Mitte 193 Plätze fehlen würden, bestünden in den Außenbereichen Überkapazitäten – etwa in Nord (179 freie Plätze), West (124) und Hiltrup (115).

Diese Zahlen würden sich noch verändern, da das Nachrückverfahren erst am 10. März beginne. Zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten bestünden aktuell in der Kindertagespflege.

Sollten nach Abschluss aller Vergaberunden weiterhin U3-Plätze fehlen, prüfe die Verwaltung Umwandlungen von Ü3- in U3-Gruppen, sofern die räumlichen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Ergänzend beabsichtige die Stadt, die gemeldeten Kinderzahlen mit den tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsplätzen im Ü3-Bereich abzugleichen. Ziel sei es, insbesondere in den Stadtteilen Kinderhaus, Coerde und Berg Fidel belastbare Aussagen darüber zu gewinnen, wie viele Kinder das vorhandene Kita-Angebot derzeit nicht erreichen würde.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es lagen keine Anfragen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anliegen des Jugendrats

Es gab keine Anliegen des Jugendrats zu diesem Tagesordnungspunkt.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0055/2026

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2026 des Jobcenters der Stadt Münster

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der gesetzlichen und lokalen arbeitsmarktpolitischen Ziele wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2026 (Anlage) beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2026 erforderlichen Ressourcen werden im Etat 2026/2027 wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0501	Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende			
Zeile	03	Sonstige Transfererträge	2026	50.000 ²	
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2026	12.429.610 ^{1,2}	
Summe Erträge ²				12.479.610	
Zeile	11	Personalaufwendungen	2026	378.040 ²	
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2026	11.000 ²	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2026	12.927.200 ^{1,2}	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2026	8.410 ²	
Summe Aufwendungen				13.324.650	
Saldo				845.040	

¹ Vorbehaltlich der endgültigen Mittelzuteilung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

² Die Mittelangaben beziehen sich nur auf den Eingliederungstitel des Jobcenters und bilden somit nur einen Auszug aus den Aufwendungen und Erträgen.

Die voraussichtlichen Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Durchführung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2026 sind im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Der Rat hat sich mit Beschluss vom 11.12.2013 (Vorlage V/0662/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000 Euro bereitzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0655/2025

Strategien zur zukünftigen Planung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Münster – Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Betreuungssystem

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag allen Ausschussmitgliedern ein Beratungsverlauf vor.

Frau Greefrath stellte für die CDU-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

„Ergänzungsantrag zur Vorlage V/0655/2025 Strategien zur zukünftigen Planung der Kindertageseinrichtungen

Zukünftige Strategie für den Kitastandort Münster – Perspektivisch denken und verlässlich planen

Beschlussvorschlag:

1-3. wie Vorlage

4. Neu:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung von Beschlusspunkt 2 eine umfassende Strategie für die zukünftige Ausgestaltung der Kitaplanung in Münster vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte einzubeziehen:

1. Ganzheitliche Strukturplanung

- Entwicklung eines strategischen Gesamtkonzepts für die Kindertagesbetreuung in Münster unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung.
- Differenzierte Betrachtung der Bedarfe im Bereich **U3** und **Ü3** und Prüfung der Umwandlung von Ü3- in U3-Plätze.
- Sozialräumliche Analyse zur bedarfsgerechten Steuerung von Platzkapazitäten.
- Für jeden Sozialraum sollen drei Szenarien definiert werden: Wachstum, Stabilisierung, Rückgang. Für jedes Szenario werden vorab Maßnahmen festgelegt: Aktivierung zusätzlicher Kita-Gruppen, temporäre Nutzung, alternative Nutzungsmöglichkeiten.
- Bewertung der Standortqualität: Erreichbarkeit, Erweiterungsfähigkeit (modulare Erweiterbarkeit), Integration von Mehrzweckflächen

2. Verlässliche Bevölkerungsprognosen

- Jährliche Aktualisierung von Geburten-, Zuzugs- und Wohnbauprognosen
- Darstellung belastbarer Bevölkerungs- und Geburtenprognosen für die kommenden 5, 10 und 15 Jahre.

3. Strategie für den Umgang mit möglichen zukünftigen Schließungen

- Entwicklung transparenter und nachvollziehbarer Kriterien, unter denen eine Kita perspektivisch geschlossen oder zusammengelegt werden kann.
- Berücksichtigung von Auslastung, baulichem Zustand, Wirtschaftlichkeit, sozialräumlicher Bedeutung sowie Trägervielfalt.
- Frühzeitige Beteiligung von Trägern, Eltern und Mitarbeitenden bei strukturellen Veränderungen.

4. Personalstrategie

- Entwicklung eines Konzepts zum verantwortungsvollen Umgang mit pädagogischem Personal im Falle von Umstrukturierungen.
- Sicherstellung von Arbeitsplatzperspektiven durch Versetzungsmodelle, Qualifizierungsangebote und flexible Einsatzplanung.
- Fachkräftesicherung als integraler Bestandteil der Gesamtstrategie.

5. Vorlage der Gesamtstrategie den zuständigen Gremien zur Entscheidung und Darstellung finanzieller Auswirkungen sowie eines realistischen Umsetzungszeitplans.“

Herr Paal, Frau Trockel und Frau Dömer beantworteten sodann die Fragen der Ausschussmitglieder zu den Inhalten der Vorlage. Es ergab sich eine eingehende Diskussion. Begrüßt wurden die fundierte und gute, gründliche Aufbereitung des Themas durch die Verwaltung und der planerische Gesamtansatz.

Herr Paal sprach erneut die bereits in der letzten Sitzung am 04.02.2026 diskutierte Frage an, ob bei der Entwicklung weiterer konkreter Maßnahmen eine wohnbereichsübergreifende Betrachtung grundsätzlich in Erwägung gezogen werden könne und führte beispielhaft nochmals die Überlegungen hinsichtlich der unter dem Arbeitstitel „Storkampsche Scheune“ in Rede stehenden Kita an. Er bat dazu um eine politische Einschätzung der Ausschussmitglieder. Die Ausschussmitglieder signalisierten, dass sie der wohnbereichsübergreifenden Betrachtung tendenziell offen gegenüber stehen würden, aber Entscheidungen dennoch im Einzelfall auf ihre Praktikabilität geprüft werden müssten.

Schließlich ließ Herr Herbstmann über den vorliegenden Antrag abstimmen.

Dieser wurde einstimmig angenommen.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der so geänderten Fassung abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen (Änderungen **fett** dargestellt):

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach Plätzen für die Kindertagesbetreuung in einigen Wohnbereichen deutlich unterhalb der verfügbaren Plätze liegt und es daher zu erheblichen Leerständen in Kitas kommt.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt zu, dass die Strategie zum Ausbau von Betreuungsplätzen verändert wird, um die Kindertagesbetreuungssituation in der Stadt Münster zu stabilisieren. Hierfür sind vornehmlich die in der Begründung unter 4.2 und 4.3 genannten Maßnahmen zu ergreifen.
3. Der Rat erkennt die große Leistung der freien Träger bei der Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung an und erklärt seine Bereitschaft, übergangsweise Härten aus der Unterbelegung mit einer finanziellen Unterstützung abzumildern. Diese Unterstützung soll sich an den unter Ziffer 5 der Begründung dargestellten Grundsätzen ausrichten.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung von Beschlusspunkt 2 eine umfassende Strategie für die zukünftige Ausgestaltung der Kitaplanung in Münster vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte einzubeziehen:**

6. Ganzheitliche Strukturplanung

- **Entwicklung eines strategischen Gesamtkonzepts für die Kindertagesbetreuung in Münster unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung.**
- **Differenzierte Betrachtung der Bedarfe im Bereich U3 und Ü3 und Prüfung der Umwandlung von Ü3- in U3-Plätze.**

- **Sozialräumliche Analyse zur bedarfsgerechten Steuerung von Platzkapazitäten.**
- **Für jeden Sozialraum sollen drei Szenarien definiert werden: Wachstum, Stabilisierung, Rückgang. Für jedes Szenario werden vorab Maßnahmen festgelegt: Aktivierung zusätzlicher Kita-Gruppen, temporäre Nutzung, alternative Nutzungsmöglichkeiten.**
- **Bewertung der Standortqualität: Erreichbarkeit, Erweiterungsfähigkeit (modulare Erweiterbarkeit), Integration von Mehrzweckflächen**

7. Verlässliche Bevölkerungsprognosen

- **Jährliche Aktualisierung von Geburten-, Zuzugs- und Wohnbauprognosen**
- **Darstellung belastbarer Bevölkerungs- und Geburtenprognosen für die kommenden 5, 10 und 15 Jahre.**

8. Strategie für den Umgang mit möglichen zukünftigen Schließungen

- **Entwicklung transparenter und nachvollziehbarer Kriterien, unter denen eine Kita perspektivisch geschlossen oder zusammengelegt werden kann.**
- **Berücksichtigung von Auslastung, baulichem Zustand, Wirtschaftlichkeit, sozialräumlicher Bedeutung sowie Trägervielfalt.**
- **Frühzeitige Beteiligung von Trägern, Eltern und Mitarbeitenden bei strukturellen Veränderungen.**

9. Personalstrategie

- **Entwicklung eines Konzepts zum verantwortungsvollen Umgang mit pädagogischem Personal im Falle von Umstrukturierungen.**
- **Sicherstellung von Arbeitsplatzperspektiven durch Versetzungsmodelle, Qualifizierungsangebote und flexible Einsatzplanung.**
- **Fachkräftesicherung als integraler Bestandteil der Gesamtstrategie.**

10. Vorlage der Gesamtstrategie den zuständigen Gremien zur Entscheidung und Darstellung finanzieller Auswirkungen sowie eines realistischen Umsetzungszeitplans.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2026 2027 2028	1.600.000 1.600.000 1.600.000	Übergangsfinanzierung (Freiwilliger, städt. Zuschuss zu den Betriebskosten)

Durch Unterbelegungen von Kitas entstehen den Kita-Trägern Defizite beim laufenden Betrieb von Einrichtungen. Die Defizite der freien Kita-Träger sollen, in dem unter Ziffer 5 beschriebenen Umfang für einen befristeten Zeitraum, durch freiwillige städtische Zuschüsse aufgefangen werden. Mit dieser Überbrückungsfinanzierung würde gewährleistet, dass die für die Umsetzung der langfristigen Maßnahmen erforderlichen Zeiträume nicht zu einer Destabilisierung der Standorte, zu Rückgaben von Trägerschaften und damit zur Unsicherheit für die dort erfolgenden Betreuungen führen.

Die in den Jahren 2026 bis 2028 für die Überbrückungsfinanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 nicht enthalten. Zu den Haushaltsberatungen wird die Verwaltung ein Veränderungsblatt mit einer vollständigen Kompensation der zusätzlichen Haushaltsbelastungen in der Produktgruppe 06 01 „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“ vorlegen. Die Kompensation berücksichtigt Einsparungen, die sich aus der Vorlage V/0684/2025 ergeben. Für die darüberhinausgehenden Bedarfe erfolgt eine Deckung durch Einsparungen aus dem Abbau weiterer Kapazitäten sowie durch aktuell vom Land beschlossene, zusätzliche Erträge aus Landeszuweisungen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0684/2025**
**Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges
Bildungs- und Betreuungsangebot der Kinder-
betreuungseinrichtungen durch die Stadt Münster
als Trägerin**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlagen ein Beratungsverlauf, ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor.

Des Weiteren lag als Tischvorlage ein gemeinsamer Antrag „Prüfauftrag zur Vorlage V/0684/2025“ der Fraktionen Grüne/ SPD/ Volt vor, der bereits unter dem Tagesordnungspunkt 1. „Eingegangene Anträge und Eingaben“ wie folgt einstimmig bei einer Enthaltung (CDU) beschlossen wurde:

„Prüfauftrag zur V/0684/2025

„Der AKJF möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alternativ zum Szenario der Schließung der Kita Killingstraße, zu prüfen, am Standort bzw. in der Kita Killingstraße ab dem 01.08.2026 für ein weiteres Kitajahr (bis zum 01.08.2027) eine Gruppe geöffnet zu lassen. Dadurch sollen der Übergang in die Kita Brünigheide für die Kinder und Familien im Einzugsbereich niederschwellig und die Übertragung des Familienzentrums fließend und ohne Angebotsverluste gestaltet werden.
2. Bei der Prüfung sollen insbesondere die zeitlichen, strukturellen, personellen, pädagogischen, sozialen und finanziellen Möglichkeiten und Erfordernisse eines solchen Szenarios betrachtet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien die Ergebnisse dieser Prüfung zeitnah vorzulegen, sodass eine Sondersitzung des Fachausschusses zur abschließenden Entscheidung in der Frage der Schließung der Kita Killingstraße vor der Sitzung des Rates am 25.03.2026 ermöglicht werden kann.“

Die Sondersitzung ist am 17.03.2026 geplant.

Alle Tischvorlagen (Anträge) sind dieser Niederschrift als Anlage angefügt.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0066/2026

Sunset-Klausel umsetzen - Planungssicherheit für den Träger schaffen

Nach kurzer Erörterung beschloss der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Der Rat beschließt:

1. Der Umsetzung der Sunset-Klausel (siehe Anlage 1) für die Zuschüsse des Produktbereichs 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zum Haushaltsplan 2026/2027 wird zugestimmt. Ausgenommen hiervon sind Zuschüsse, die in der Produktgruppe 0601 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung auf Grundlage des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz) gewährt werden.
2. Alle Zuschüsse werden unter Berücksichtigung der gebildeten thematischen Cluster in einem Zeitraum bis zum 31.12.2031 verteilt und befristet. Hierdurch wird verhindert, dass für sämtliche Zuschüsse des Produktbereichs im selben Jahr eine Entscheidung über ihre Fortsetzung getroffen werden muss.
3. Die Entscheidung über die Fortsetzung eines auslaufenden Zuschusses wird mit dem Haushalt für das betreffende Haushaltsjahr getroffen. Der Träger muss rechtzeitig einen entsprechenden Antrag stellen. Ziel ist es, dass in der Regel 1 Jahr vor Ende der Befristung über die Fortsetzung des Zuschusses entschieden wird.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien als zuständigem Fachausschuss rechtzeitig eine Übersicht aller jeweils auslaufenden Zuschüsse samt inhaltlicher Kommentierung der Anträge vorzulegen.

5. Die Haushaltsansätze sollen auch bei auslaufenden Zuschüssen grundsätzlich fortgeschrieben werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der o.g. Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026/2027 - Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2030 -

Herr Herbstmann erläuterte zu Beginn das vorgesehene Beratungsverfahren.

Er führte aus, dass allen Ausschussmitgliedern folgende Unterlagen zur Verfügung standen (vorab versandt, digital bereitgestellt oder als Tischvorlage):

- Haushaltsplanentwurf 2026/ 2027
- Etatanträge freier Träger zum Haushalt einschließlich der Kommentierungen der Verwaltung (vgl. auch Vorlage V/0659/2025 „Bericht über die vorliegenden, etatrelevanten Anträge freier Träger für den Bereich Kinder, Jugend- und Familienhilfe“)
- einige begleitende Informationen zum Entwurf und zur Beratung des Haushaltsplans 2026/2027 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ (einschließlich eines Hinweises zum Stichwort „Befangenheit“)
- Veränderungsliste über Veränderungsblätter der Verwaltung.

Des Weiteren lagen Etatanträge von Fraktionen und Veränderungsblätter aus der Bezirksvertretung Münster-Nord als Tischvorlage vor.

Zudem lag allen eine Gesamtliste (blau) als Tischvorlage vor, in der die im Vorfeld vorgelegten Anträge freier Träger, der Fraktionen und der Bezirksvertretungen (soweit bekannt) aufgeführt sind.

Frau Hemesath teilte mit, dass die Etatanträge der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP das Fachamt nicht erreicht hätten. Daher sei vorgesehen, diese jeweils an entsprechender Stelle mündlich zu vorzutragen/zu ergänzen.

Herr Herbstmann teilte mit, dass vereinbart worden sei, auf Haushaltsreden der Fraktionen/ Parteien zu verzichten. Vorgesehen seien allerdings vorab zwei Wortbeiträge der freien Träger. Vor diesem Hintergrund nahmen Frau Gakstatter und Herr Lammers zum Selbstverständnis der freien Träger in ihrer Funktion als Mitglieder im nach der Kommunalwahl neu gebildeten Ausschuss Stellung und stellten Ziele und Wünsche dar. Frau Gakstatter erläuterte zudem, dass die freien Träger entschieden hätten, sich bei den Abstimmungen im Rahmen der Etatberatungen zu enthalten und die haushalterischen Entscheidungen den politischen Vertreter/-innen des Ausschusses zu überlassen.

Herr Herbstmann wies darauf hin, dass über die in der Gesamtliste (blau) aufgeführten Veränderungsblätter der Verwaltung und der Bezirksvertretung Münster-Nord, die sich auf Veränderungen beziehen, die sich aus der Vorlage V/0684/2025 ergäben, nicht abgestimmt werde. Da die Vorlage V/0684/2026 in dieser Sitzung mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung vertagt worden sei, seien hierzu ggf. in Abhängigkeit von der Entscheidung in der Sondersitzung des Ausschusses am 17.03.2026 Anpassungen vorzunehmen und im weiteren Verlauf der Etatberatungen zu berücksichtigen.

Sodann nahm der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien die Haushaltsplanberatungen anhand der o.g. Gesamtliste (blau) vor.

Die Anträge wurden – soweit in dieser Niederschrift nicht anders angegeben – von Herrn Herbstmann, Frau Dr. Andor und Herrn Deppermann (Fraktion Grüne, SPD-Fraktion, Fraktion Volt), Frau Greefrath (CDU-Fraktion), Herrn Proske-Schuppelius (Fraktion Die Linke) und Frau Hemesath (Ratsgruppe Die PARTEI/ ÖDP) gestellt.

1. Produktgruppe 0601 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

1.1. Ziele/ Zielkennzahlen

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

1.2. Teilergebnisplan

1.2.1 Zeile 11 – Personalaufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, Ansatzreduzierungen in den Jahren 2028-2030 vorzunehmen (Einsparung Personal zur Neuberechnung der Elternbeiträge).

Ansatzveränderungen:

2026:	0 EUR
2027:	0 EUR
2028:	-250.000 EUR
2029:	-375.000 EUR
2030:	-500.000 EUR

Es entstand eine intensive Diskussion zu den Fragen der Umsetzung/ Umsetzbarkeit sowie der Kommunikation in und mit der Verwaltung. Frau Trockel wies insbesondere darauf hin, dass bei Umsetzung des Beschlusses die Anzahl der Mitarbeitenden im Bereich der Elternbeiträge halbiert werden müsse und die Erledigung der Aufgaben auch durch mögliche Prozessoptimierungen nicht mehr gewährleistet werden könne. Herr Herbstmann stellte dar, dass es sich ausschließlich um einen Beschluss zur Ansatzreduzierung handeln solle und die Umsetzung noch variabel sei.

Herr Messing sprach die Empfehlung an die Vertreter/-innen der freien Träger aus, sich nicht grundsätzlich zu enthalten, sondern Abstimmungen zu nutzen, um Positionen einzunehmen und damit Verantwortung für die Mitgestaltung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu übernehmen. Dazu erwiderte Frau Gakstatter, dass den freien Trägern bisher nur die Etatanträge der freien Träger vorgelegen hätten und über die Anträge der Fraktionen/Parteien bisher nicht habe beraten werden können. Sie beantragte aus diesem Grunde eine Sitzungsunterbrechung, um kurzzeitig die Gesamtliste (blau) sichten und sich beraten zu können.

Der Antrag wurde einvernehmlich angenommen. Herr Herbstmann unterbrach die Sitzung um 18.32 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 18.49 Uhr informierte Herr Herbstmann darüber, dass auf eine Abstimmung zum o.g. Antrag in dieser Sitzung verzichtet werde. Die Fraktionen Grüne, SPD und Volt hätten sich darüber verständigt, im Rahmen der Etatberatungen im Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung am 12.03.2026 einen modifizierten Antrag, wenn auch mit gleichbleibenden zu reduzierenden Ansätzen, zu stellen.

1.2.2 Zeile 15 – Transferaufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 04-HH2026/2027 des Vereins „Die Glühwürmchen e.V.“ aufzugreifen und einen Zuschuss für Schallschutzplatten (Lärmschutzmaßnahme) zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026:	5.703 EUR
2027:	0 EUR
2028:	0 EUR
2029:	0 EUR
2030:	0 EUR

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 08-HH2026/2027 des Vereins „Kindergruppe Krullys e.V.“ aufzugreifen und einen Zuschuss für eine neue Außentür der Kita zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026:	5.000 EUR
2027:	0 EUR
2028:	0 EUR
2029:	0 EUR
2030:	0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

1.2.3 Zeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, Ansatzerhöhungen in den Jahren 2027 und 2028 vorzunehmen (Verbesserung der Kitas in Coerde und Kinderhaus).

Ansatzveränderungen:

2026:	0 EUR
2027:	200.000 EUR
2028:	300.000 EUR
2029:	0 EUR
2030:	0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, eine Ansatzerhöhung im Jahr 2026 vorzunehmen (Jugendamt – Neugestaltung der Berechnung der Elternbeiträge).

Ansatzveränderungen:

2026: 200.000 EUR
 2027: 0 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

1.3. Teilfinanzplan

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

2. Produktgruppe 0602 – Kinder- und Jugendarbeit

2.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

2.2 Teilergebnisplan

2.2.1 Zeile 15 – Transferaufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 18-HH2026/2027 der AWO Unterbezirk Münster-Recklinghausen aufzugreifen und einen Zuschuss für die Kinder- und Jugendarbeit Albatros (Albachten) zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 7.400 EUR
 2027: 7.400 EUR
 2028: 7.400 EUR
 2029: 7.400 EUR
 2030: 7.400 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, zur Gegenfinanzierung keine Zuschussmittel mehr für „Cool-Tür“ am Paul-Gerhardt-Haus (Angebot existiert nicht mehr) und „Abenddienst im Jugendsalon“ (Wegfall des Abenddienstes) bereitzustellen.

Ansatzveränderungen (jeweils -5.000 EUR und -2.400 EUR):

2026: -7.400 EUR
 2027: -7.400 EUR
 2028: -7.400 EUR
 2029: -7.400 EUR
 2030: -7.400 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 18-HH2026/2027 der AWO Unterbezirk Münster-Recklinghausen aufzugreifen und einen Zuschuss für die Kinder- und Jugendarbeit Albatros (Albachten) zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 7.400 EUR
 2027: 7.400 EUR
 2028: 7.400 EUR
 2029: 7.400 EUR
 2030: 0 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, zur Gegenfinanzierung keine Zuschussmittel mehr für „Cool-Tür“ am Paul-Gerhardt-Haus (Angebot existiert nicht mehr) und „Abenddienst im Jugendsalon“ (Wegfall des Abenddienstes) bereitzustellen.

Ansatzveränderungen (jeweils -5.000 EUR und -2.400 EUR):

2026: -7.400 EUR
 2027: -7.400 EUR
 2028: -7.400 EUR
 2029: -7.400 EUR
 2030: 0 EUR

Frau Fouaani erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 18-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Sodann ließ er über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zur Gegenfinanzierung abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über die beiden Anträge der CDU-Fraktion war somit obsolet.

Für die Fraktion Die Linke und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, den Antrag Nr. 24-HH2026/2027 aufzugreifen und dem Stadtjugendring Münster e.V. weiterhin einen Zuschuss für Personalkosten und Programmmittel zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 72.300 EUR
 2027: 86.200 EUR
 2028: 87.800 EUR
 2029: 89.300 EUR
 2030: 90.900 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 24-HH2026/2027 modifiziert aufzugreifen und dem Stadtjugendring Münster e.V. weiterhin einen Zuschuss für Personalkosten und Programmmittel zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 72.300 EUR
 2027: 81.200 EUR
 2028: 82.800 EUR
 2029: 84.300 EUR
 2030: 85.900 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 24-HH2026/2027 modifiziert aufzugreifen und dem Stadtjugendring Münster e.V. weiterhin einen Zuschuss für Personalkosten und Programmmittel zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 0 EUR
 2027: 81.200 EUR
 2028: 82.800 EUR
 2029: 84.300 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Lammers erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitestgehenden Antrag der Fraktion Die Linke und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP zum Antrag Nr. 24-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 24-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde einstimmig bei 5 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion war somit obsolet.

2.2.2 Produktgruppe 0602/ 0603 – Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 25-HH2026/2027 der Sprecher der U-AG 3 Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit für die freien Träger der U-AG 3 aufzugreifen (1. Erhöhung der kommunalen Programmmittel für die OKJA und die ASJA um 30% ab dem HH-Jahr 2026 (135.000 EUR/ Jahr), 2. dauerhafte Streichung des Eigenanteils bei den geförderten Personalkosten (300.000 EUR zzgl. Dynamisierung).

Ansatzveränderungen:

2026: 435.000 EUR
 2027: 444.000 EUR
 2028: 451.180 EUR
 2029: 456.484 EUR
 2030: 462.913 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 25-HH2026/2027 der Sprecher der U-AG 3 Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit für die freien Träger der U-AG 3 modifiziert aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 428.000 EUR
 2027: 437.000 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Frau Schwebke und Herr Geeraedts erklärten sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Die Linke zum Antrag Nr. 25-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 25-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

2.3 Teilfinanzplan

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

3. Produktgruppe 0603 – Förderung von benachteiligten jungen Menschen

3.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

3.2 Teilergebnisplan

3.2.1 Zeile 15 - Transferaufwendungen

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 26-HH2026/2027 der Caritas (für Caritas Münster, Outlaw gGmbH, CVJM Münster, JAZ Münster gGmbH, Kreisel e.V., Beratungsstelle Südviertel e.V., VSE NRW e.V., Diakonie Münster, SeHT Münster e.V., AWO Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen) aufzugreifen (Anpassung des Zuschusses für die Schulsozialarbeit an die "reelle Kostenstruktur", d.h. auf das Niveau vergleichbarer Stellen in direkter Trägerschaft der Stadt Münster (Sach- und Personalnebenkosten, d.h. Verwaltungs-, Leitungs- und Fachbereichsoverhead (15%), Arbeitsplatzkosten, insbesondere IT-Pauschale, und Programmkosten) bei allen freien Trägern der Schulsozialarbeit).

Ansatzveränderungen:

2026: 2.156.067 EUR
 2027: 2.205.627 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 26-HH2026/2027 modifiziert aufzugreifen (Personalausstattung Schulsozialarbeit).

Ansatzveränderungen:

2026: 300.000 EUR
 2027: 300.000 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Frau Schwebke, Herr Messing, Herr Geeraedts und Herr Koppers erklärten sich für befassen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Die Linke zum Antrag Nr. 26-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 7 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 26-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 2 Nein-Stimmen (CDU) bei 5 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, den Antrag Nr. 27-HH2026/2027 des Vereins Boxzentrum Münster e.V. teilweise aufzugreifen und die finanzielle Förderung des Projekts „Farids Qualifighting“ fortzusetzen.

Ansatzveränderungen:

2026: 110.000 EUR
 2027: 111.000 EUR
 2028: 112.000 EUR
 2029: 113.000 EUR
 2030: 114.000 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 27-HH2026/2027 des Vereins Boxzentrum Münster e.V. teilweise aufzugreifen und die finanzielle Förderung des Projekts „Farids Qualifighting“ fortzusetzen.

Ansatzveränderungen:

2026: 49.670 EUR
 2027: 50.560 EUR
 2028: 51.460 EUR
 2029: 52.380 EUR
 2030: 53.310 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP zum Antrag Nr. 27-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 0 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 27-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 28-HH2026/2027 des Ev. Kirchenkreises Münster für die AJSA HOT Coerde aufzugreifen und weiterhin einen Zuschuss einer 0,5-Stelle AJSA (HOT Coerde) zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 43.100 EUR
 2027: 43.100 EUR
 2028: 44.000 EUR
 2029: 44.000 EUR
 2030: 44.000 EUR

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 29-HH2026/2027 des Indro e.V. aufzugreifen und damit die Gewährung des bisherigen Zuschusses fortzusetzen zzgl. Dynamisierung und Ergänzung um zwingend notwendige Leistungen zur Fortführung der bisherigen Arbeit.

Ansatzveränderungen:

2026: 136.720 EUR
 2027: 139.449 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die CDU-Fraktion und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, den Antrag Nr. 29-HH2026/2027 des Indro e.V. teilweise aufzugreifen und damit die Gewährung des bisherigen Zuschusses fortzusetzen zzgl. Dynamisierung und Ergänzung um zwingend notwendige Leistungen zur Fortführung der bisherigen Arbeit.

Ansatzveränderungen:

2026: 63.930 EUR
 2027: 63.930 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 29-HH2026/2027 des Indro e.V. modifiziert aufzugreifen und damit die Gewährung des bisherigen Zuschusses fortzusetzen zzgl. Dynamisierung und Ergänzung um zwingend notwendige Leistungen zur Fortführung der bisherigen Arbeit.

Ansatzveränderungen:

2026: 52.000 EUR
 2027: 52.000 EUR
 2028: 52.000 EUR
 2029: 52.000 EUR
 2030: 52.000 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitestgehenden Antrag der Fraktion Die Linke zum Antrag Nr. 29-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und gleichlautend der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP zum Antrag Nr. 29-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen (CDU, Die Linke) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Schließlich ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 29-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, den Antrag Nr. 30-HH2026/2027 der Outlaw gGmbH aufzugreifen und den Zuschuss für den FANport Münster zur Sicherstellung der Zuwendung durch die DFL in gleicher Höhe sicherzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 30 EUR
 2027: 2.939 EUR
 2028: 4.139 EUR
 2029: 5.316 EUR
 2030: 6.467 EUR

Herr Geeraedts erklärte sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen (CDU) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Für die CDU-Fraktion und gleichlautend für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 32-HH2026/2027 des Vereins SeHT e.V. aufzugreifen und einen Zuschuss für die Aufstockung der Schulsozialarbeit um zwei 0,5 Stellen zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 94.371 EUR
 2027: 100.182 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 32-HH2026/2027 des Vereins SeHT e.V. teilweise aufzugreifen (Ausstattung Förderinseln).

Ansatzveränderungen:

2026: 50.000 EUR
 2027: 50.000 EUR
 2028: 50.000 EUR
 2029: 50.000 EUR
 2030: 50.000 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und gleichlautend der Fraktion Die Linke zum Antrag Nr. 32-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen (CDU, Die Linke) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 32-HH-2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 33-2026/2027 des Vereins sozialintegrativer Projekte (ViP) für das Projekt „Maßband“ aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 17.020 EUR
 2027: 38.355 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

3.2.2 Anträge bzgl. Finanzstabilität

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, die indikatorenbasierte Verteilung des kommunal finanzierten Personals der Schulsozialarbeit zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 46).

Ansatzveränderungen:

2026: 84.000 EUR (+84.000 EUR im Produktbereich 03=168.000 EUR Gesamtsumme)
 2027: 206.500 EUR (+206.500 EUR im PB 03=413.000 EUR Gesamtsumme)
 2028: 210.500 EUR (+210.500 EUR im PB 03=421.000 EUR Gesamtsumme)
 2029: 210.500 EUR (+210.500 EUR im PB 03=421.000 EUR Gesamtsumme)
 2030: 210.500 EUR (+210.500 EUR im PB 03=413.000 EUR Gesamtsumme)

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, die indikatorenbasierte Verteilung des kommunal finanzierten Personals der Schulsozialarbeit zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 46).

Ansatzveränderungen:

2026: 84.000 EUR (+84.000 EUR im Produktbereich 03=168.000 EUR Gesamtsumme)
 2027: 206.500 EUR (+206.500 EUR im PB 03=413.000 EUR Gesamtsumme)
 2028: 210.500 EUR (+210.500 EUR im PB 03=421.000 EUR Gesamtsumme)
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zu Maßnahme Nr. 46 (Finanzstabilität) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen Grüne, SPD, FDP, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke war somit obsolet.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, die Förderinseln zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 47).

Ansatzveränderungen:

2026: 98.000 EUR
 2027: 217.000 EUR
 2028: 217.000 EUR
 2029: 217.000 EUR
 2030: 217.000 EUR

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, die Förderinseln zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 47).

Ansatzveränderungen:

2026: 98.000 EUR
 2027: 217.000 EUR
 2028: 221.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zu Maßnahme Nr. 47 (Finanzstabilität) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen Grüne, SPD, FDP, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke war somit obsolet.

Für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, die Maßnahme „Integration der pädagogischen Angebote von Flüchtlingseinrichtungen in die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)“ nicht aufzugreifen (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 49).

Ansatzveränderungen:

2026: 150.000 EUR
 2027: 150.000 EUR
 2028: 150.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 0 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Gemeinsam für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt sowie gleichlautend für die CDU-Fraktion und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, die ganzheitliche psycho-motorische Förderung an weiterführenden Schulen im Bildungsgang Hauptschule zum nächsten Schuljahr zu erhalten (V/0637/2025; Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 56).

Ansatzveränderungen:

2026: 23.000 EUR
 2027: 55.000 EUR
 2028: 55.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen Grüne, SPD, FDP, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Zuschuss für den FANport zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 61).

Ansatzveränderungen:

2026: 25.000 EUR
 2027: 25.000 EUR
 2028: 25.000 EUR
 2029: 25.000 EUR
 2030: 25.000 EUR

Für die Fraktion Die Linke und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP wurde beantragt, den Zuschuss für den FANport zu erhalten (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 61).

Ansatzveränderungen:

2026: 25.000 EUR
 2027: 25.000 EUR
 2028: 25.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Geeraedts erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zu Maßnahme Nr. 61 (Finanzstabilität) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen Grüne, SPD, FDP, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP war somit obsolet.

3.3 Teilfinanzplan

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

4. Produktgruppe 0604 – Familienförderung

4.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

4.2 Teilergebnisplan

4.2.1 Zeile 11 – Personalaufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, Mittel für den „Aktionsplan gegen Kinderarmut“ (Personalaufwendung) einzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 40.000 EUR
 2027: 40.000 EUR
 2028: 40.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Frau Dr. Andor erläuterte, dass es dazu noch einen konkretisierenden Antrag an den Rat geben werde. Zunächst ginge es um die Bereitstellung entsprechender Mittel, um den Aktionsplan umsetzen zu können.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

4.2.2 Zeile 15 - Transferaufwendungen

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, Mittel für den „Aktionsplan gegen Kinderarmut“ (Programmmittel) einzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 10.000 EUR
 2027: 60.000 EUR
 2028: 60.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 34-HH2026/2027 der Ludgerus-Kliniken Münster GmbH aufzugreifen und Mittel zur Fortsetzung des Programms „Baby-lotsen“ bereitzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 31.500 EUR
 2027: 33.200 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 34-HH2026/2027 der Ludgerus-Kliniken Münster GmbH teilweise aufzugreifen und Mittel zur Fortsetzung des Programms „Babylotsen“ – mit SPERR-VERMERK versehen - bereitzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 0 EUR
 2027: 33.120 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann wies darauf hin, dass die Bewilligung von Landesmitteln für das Jahr 2026 zwischenzeitlich vorliege und daher eine Bereitstellung von Mitteln im Jahr 2026 nicht mehr erforderlich sei.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag 34-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen (CDU) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag 34-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde einstimmig bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, mit Bezug auf den Antrag Nr. 35-HH2026/2027 des Caritas Verbandes Münster, der Beratungsstelle Südviertel e.V. und der Diakonie Münster, für „Frühe Hilfen – Trägerbudget zur Angebotssicherung“ Mittel bereitzustellen.

Ansatzveränderungen:

2026: 48.000 EUR
 2027: 48.000 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Messing erklärte sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 2 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 37-HH2026/2027 der AWO Unterbezirk Münsterland teilweise aufzugreifen und einen Zuschuss für das stadtteilbezogene Begegnungsstättenangebot Coerde zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 10.790 EUR
 2027: 14.106 EUR
 2028: 14.494 EUR
 2029: 14.889 EUR
 2030: 15.294 EUR

Frau Fouaani erklärte sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 41-HH2026/2027 des Vereins Trialog e.V. auf Bezuschussung der Beratungsstelle Trialog aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 84.765 EUR
 2027: 84.765 EUR
 2028: 84.765 EUR
 2029: 84.765 EUR
 2030: 84.765 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 41-HH2026/2027 des Vereins Trialog e.V. auf Bezuschussung der Beratungsstelle Trialog teilweise aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 57.800 EUR
 2027: 58.850 EUR
 2028: 60.030 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Die Linke zum Antrag 41-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag 41-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ ÖDP beantragt, den Antrag Nr. 44-HH2026/2027 des Vereins Bunter Kreis Münsterland e.V. auf Bezuschussung von „Kompass“ – Psychologische Beratung von Familien aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 6.572 EUR
 2027: 6.572 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 45-HH2026/2027 von Pro Familia auf Förderung einer Stelle für den Bereich Sexualpädagogik und Prävention aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 15.000 EUR
 2027: 15.000 EUR
 2028: 15.000 EUR
 2029: 15.000 EUR
 2030: 15.000 EUR

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 8 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 46-HH2026/2027 des Caritas Verbands Münster modifiziert aufzugreifen und einen Zuschuss zum Beratungsangebot für Männer im Bereich sexualisierter Gewalt zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 98.980 EUR
 2027: 100.920 EUR
 2028: 102.910 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 46-HH2026/2027 des Caritas Verbands Münster modifiziert aufzugreifen und einen Zuschuss zum Beratungsangebot für Männer im Bereich sexualisierter Gewalt zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 80.000 EUR
 2027: 80.000 EUR
 2028: 80.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Messing erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag 46-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen (CDU) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag 46-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 2 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die CDU-Fraktion und gleichlautend für die Fraktion Die Linke wurde beantragt, den Antrag Nr. 47-HH2026/2027 vom Verein FamilienBildung Friedensstraße e.V., die Förderung von Sure Start Plus fortzusetzen, aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 37.540 EUR
 2027: 37.540 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 47-HH2026/2027 vom Verein FamilienBildung Friedensstraße e.V., die Förderung von Sure Start Plus fortzusetzen, modifiziert und mit SPERRVERMERK versehen aufzugreifen.

Ansatzveränderungen:

2026: 0 EUR
 2027: 37.540 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Messing und Herr Wilde erklärten sich für befangen.

Herr Herbstmann wies darauf hin, dass die Bewilligung von Landesmitteln für das Jahr 2026 zwischenzeitlich vorliege und daher eine Bereitstellung von Mitteln im Jahr 2026 nicht mehr erforderlich sei.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und gleichlautend der Fraktion Die Linke zum Antrag 47-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen (CDU, Die Linke) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag 47-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde einstimmig bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

4.2.3 Anträge bzgl. Finanzstabilität

Für die Fraktion die Linke wurde beantragt, den Maßnahmenvorschlag bzgl. der Ehe-, Familien- und Lebensberatung des Bistums Münster nicht aufzugreifen (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 53).

Ansatzveränderungen:

2026: 82.000 EUR
 2027: 82.000 EUR
 2028: 82.000 EUR
 2029: 82.000 EUR
 2030: 82.000 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Maßnahmenvorschlag bzgl. der Ehe-, Familien- und Lebensberatung des Bistums Münster verändert zu beschließen (V/0637/2025, Maßnahmen zur Finanzstabilität, Nr. 53).

Ansatzveränderungen:

2026: 41.000 EUR
 2027: 41.000 EUR
 2028: 41.000 EUR
 2029: 41.000 EUR
 2030: 41.000 EUR

Herr Messing erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Die Linke zur Maßnahme Nr. 53 (Finanzstabilität) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimmen (Die Linke) und 7 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD, Volt) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zur Maßnahme Nr. 53 (Finanzstabilität) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 2 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

4.2.4 Produktgruppe 0604/ 0605 – Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 48-HH2026/2027 des Vereins „Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.“ (VaMV e.V.) aufzugreifen und einen höheren Zuschuss für eine pädagogische Fachkraft (TVöD) zur Fortführung des Projektes „DiNo“ zu gewähren.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 40% = PG 0604/ 60% = PG0605):

2026: 10.640 EUR
 2027: 10.850 EUR
 2028: 11.070 EUR
 2029: 11.290 EUR
 2030: 11.515 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 48-HH2026/2027 des Vereins „Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.“ (VaMV e.V.) aufzugreifen und einen höheren Zuschuss für eine pädagogische Fachkraft (TVöD) zur Fortführung des Projektes „DiNo“ zu gewähren.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 40% = PG 0604/ 60% = PG0605):

2026: 10.640 EUR
 2027: 10.850 EUR
 2028: 11.070 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag 48-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag 48-HH2026/2027 war somit obsolet.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, zu Deckung den Einsparvorschlag der Verwaltung (Einstellung des Angebots Familiengutscheine) aufzugreifen.

Ansatzveränderungen (nur PG 0604):

2026: -11.000 EUR
 2027: -11.000 EUR
 2028: -11.000 EUR
 2029: -11.000 EUR
 2030: -11.000 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, zu Deckung den Einsparvorschlag der Verwaltung (Einstellung des Angebots Familiengutscheine) aufzugreifen.

Ansatzveränderungen (nur PG 0604):

2026: -11.000 EUR
 2027: -11.000 EUR
 2028: -11.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Einsparvorschlag (Einstellung Familiengutscheine) abstimmen.

Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt, Die Linke) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zum Einsparvorschlag (Einstellung Familiengutscheine) war somit obsolet.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Mietkostenzuschuss an den Verein „Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.“ (VaMV e.V.) zu erhöhen.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 40% = PG 0604/ 60% = PG0605):

2026: 9.000 EUR
 2027: 12.000 EUR
 2028: 12.000 EUR
 2029: 12.000 EUR
 2030: 12.000 EUR

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam und gleichlautend für die Ratsgruppe Die PARTEI/ ÖDP beantragt, den Antrag Nr. 49-HH2026/2027 aufzugreifen und einen Zuschuss zur Erweiterung der Fachberatung gemäß § 8a, 8bb SGB VIII und § 4 KKG zu gewähren.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 60% = PG 0604/ 40% = PG0605):

2026: 87.090 EUR
 2027: 88.700 EUR
 2028: 90.350 EUR
 2029: 92.030 EUR
 2030: 93.740 EUR

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 49-HH2026/2027 aufzugreifen und einen Zuschuss zur Erweiterung der Fachberatung gemäß § 8a, 8bb SGB VIII und § 4 KKG zu gewähren.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 60% = PG 0604/ 40% = PG0605):

2026: 87.100 EUR
 2027: 88.700 EUR
 2028: 90.400 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Frau Hünker erklärte sich für befangen.

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 49-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion war somit obsolet.

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, bezogen auf den Antrag Nr. 51-HH2026/2027 und zur Deckung für den Antrag Nr. 37-HH2026/2027 die folgenden Ansatzreduzierungen vorzunehmen.

Ansatzveränderungen (Aufteilung: 50% = PG 0604/ 50% = PG0605):

2026: -10.790 EUR
 2027: -14.106 EUR
 2028: -14.494 EUR
 2029: -14.889 EUR
 2030: -15.294 EUR

Frau Fouaani erklärte sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 6 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

4.3 Teilfinanzplan

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

5. Produktgruppe 0605 – Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien

5.1 Ziele/ Zielkennzahlen

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

5.2 Teilergebnisplan

5.2.1 Zeile 15 - Transferaufwendungen

Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, den Antrag Nr. 52-HH2026/2027 des Vereins sozialintegrativer Projekte e.V. (ViP) aufzugreifen und für das Pädagogische Projekt in der Jugendgerichtshilfe – „Die Brücke“ einen Zuschuss zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 20.000 EUR
 2027: 42.400 EUR
 2028: 0 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Für die Fraktion Grüne, die SPD-Fraktion und die Fraktion Volt wurde gemeinsam beantragt, den Antrag Nr. 52-HH2026/2027 des Vereins sozialintegrativer Projekte e.V. (ViP) modifiziert aufzugreifen und für das Pädagogische Projekt in der Jugendgerichtshilfe – „Die Brücke“ einen Zuschuss zu gewähren.

Ansatzveränderungen:

2026: 0 EUR
 2027: 20.000 EUR
 2028: 20.000 EUR
 2029: 0 EUR
 2030: 0 EUR

Herr Herbstmann ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag Nr. 52-HH2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen (CDU) und 5 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) abgelehnt.

Sodann ließ Herr Herbstmann über den Antrag der Fraktion Grüne, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt zum Antrag Nr. 52-2026/2027 abstimmen.

Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Volt) und 3 Nein-Stimmen (CDU) bei 7 Enthaltungen (Die Linke, freie Träger) angenommen.

5.3 Teilfinanzplan

Zu diesem Bereich lagen keine Anträge vor.

Punkt 10 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Czarske bedankte sich bei der Verwaltung für die gelungene Einführungsveranstaltung für die Mitglieder des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 17.02.2026 mit Herrn Fink, Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Er empfehle, eine solche Veranstaltung zu Beginn der nächsten Wahlperiode wiederum anzubieten.

Herr Herbstmann schloss sich diesem Dank an.

Herr Brahm bedankte sich bei den politischen Vertreter/-innen für die Absicht, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2026/2027 den Schülerspezialverkehr aufrecht erhalten zu wollen.

Weitere Wortmeldungen gab es zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19.43 Uhr

gez.
Leon Herbstmann
Vorsitz

gez.
Heike Dierks
Schriftführung